

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Kai Gehring, Ekin Deligöz, Katja Dörner, Agnes Krumwiede, Monika Lazar, Tabea Rößner, Krista Sager, Ulrich Schneider und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Übergangssystem von der Schule in den Beruf neu strukturieren und effizienter gestalten

Die CDU, CSU und FDP haben sich in ihrem Koalitionsvertrag „WACHSTUM. BILDUNG. ZUSAMMENHALT.“ für die 17. Legislaturperiode unter anderem die Aufgabe gestellt, das Übergangssystem in der beruflichen Bildung neu zu strukturieren und effizienter zu gestalten (s. S. 62).

Auch die Partner des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland 2010–2014, zu denen neben der Kultusministerkonferenz (KMK) und den Arbeitgeberverbänden sowohl die Bundesministerin für Bildung und Forschung Dr. Annette Schavan und die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Dr. Ursula von der Leyen als auch der damalige Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Rainer Brüderle gehörten, haben eine gleichlautende Verpflichtung im Rahmen der Neuauflage der Paktvereinbarung am 26. Oktober 2010 beschlossen (s. S.12 f.).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist nach Auffassung der Bundesregierung das Übergangssystem seit Beginn der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages neu strukturiert und effizienter gestaltet worden?

Falls ja, wie genau hat die Bundesregierung dazu beigetragen, und wie haben andere Partner des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland dazu beigetragen?

2. Ist seit Beginn der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages aus den zahlreichen Maßnahmen und Programmen zur Unterstützung des Übergangs von Jugendlichen in Ausbildung ein effizientes Übergangssystem entwickelt worden, das die Chancen der Jugendlichen auf einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf erhöht hat?

Falls ja, wie genau hat die Bundesregierung dazu beigetragen, und wie haben andere Partner des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland dazu beigetragen?

3. Ist es den Partnern des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland gelungen, das in der Paktvereinbarung vom 26. Oktober 2010 genannte Ziel zu erreichen, die vielfältigen Programme und Förderinstrumente besser aufeinander abzustimmen und dort, wo es sinnvoll ist, zu bündeln?

Falls ja, wie genau hat die Bundesregierung dazu beigetragen, und wie haben andere Partner des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland dazu beigetragen?

Welche Aufgaben übernimmt nun der Bund, welche die Bundesagentur für Arbeit, welche die Länder und welche die kommunalen Gebietskörperschaften?

4. Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung die Möglichkeiten der Bündelung von Förderinstrumenten und Programmen zur Unterstützung junger Menschen beim Übergang von der Schule in Ausbildung überprüft, um ihr Ziel zu erreichen, das Übergangssystem neu zu strukturieren und effizienter zu gestalten?

Welches Ressort übernimmt nun die Federführung für das neue Übergangssystem?

5. Was hat die Bundesregierung, wie in der Paktvereinbarung am 26. Oktober 2010 beschlossen, im Ergebnis der Prüfung der Möglichkeiten zur Bündelung von Förderinstrumenten und Programmen am Übergang von der Schule in Ausbildung im Jahr 2011 entschieden?

Wenn sie im Jahr 2011 nichts entschieden hat, was plant sie, bis zum Ende der Legislatur zu entscheiden?

6. Wie hat die Bundesregierung ihre Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ zur Optimierung des Übergangs von Schule in Ausbildung ausgebaut?

Welche Verbesserungen sind nach Auffassung der Bundesregierung dadurch erzielt worden?

Welche Vereinbarungen sind zwischen Bund und Ländern geschlossen worden?

Wie wird die Nachhaltigkeit der regionalen Ansätze sichergestellt?

7. Haben Bund und Länder, wie in der Paktvereinbarung am 26. Oktober 2010 beschlossen, ihre vielfältigen Maßnahmen und Programme für Jugendliche, zum Beispiel zur Unterstützung des Übergangs von der Schule in Ausbildung, auf Effizienz und Anschlussfähigkeit mit dem Ziel einer besseren Koordination überprüft?

Wenn ja, wie wurde dabei die betriebliche Qualifizierung gestärkt?

8. Wie haben die Paktpartner seit 2010 die Datenlage so verbessert, dass eine systematische, vollständige und aktuelle Beschreibung der (Aus-)Bildungswege jugendlicher Schulabgängerinnen und Schulabgänger vorliegt, auf deren Basis eine gezielte Ausbildungsplatzförderung erfolgen kann?

9. a) Wann wird die von Bund und Ländern bis zum Ende der Paktlaufzeit beabsichtigte bildungsbereichsübergreifende integrierte Ausbildungsberichterstattung für Deutschland vorliegen?

- b) Wird die von Bund und Ländern bis zum Ende der Paktlaufzeit beabsichtigte Ausbildungsberichterstattung für Deutschland auch das Merkmal „Migrationshintergrund“ in der Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktstatistik erfassen?

Falls nein, wie soll das Merkmal Migrationshintergrund ansonsten erhoben werden?

10. a) Wird die integrierte Ausbildungsberichterstattung, wie beabsichtigt, einen Überblick über alle Ausbildungs- und Qualifizierungsformen geben, also neben den Daten zum Ausbildungsmarkt auch aktuelle Daten zu voll qualifizierenden Bildungsgängen an beruflichen Schulen sowie zum sogenannten Übergangssystem enthalten?
- Wenn nein, warum nicht?
- b) Wird die integrierte Ausbildungsberichterstattung auch die Möglichkeit zur statistischen Aufklärung von Bildungsverläufen bieten, um Umwege und Sackgassen im sogenannten Übergangssystem zu identifizieren – ähnlich wie es mit dem Kerndatensatz der KMK unter Verwendung einer Statistik-ID möglich ist?
11. Haben Bund und Länder darauf hingewirkt, dass in den verschiedenen Bildungsberichten die Bedeutung der Ausbildung angemessen berücksichtigt wird?
- Falls ja, wo, und mit welchem konkreten Ergebnis?
- Falls nein, wo, und warum waren sie nicht erfolgreich?
12. Hat die Bundesregierung die Möglichkeiten geprüft, das Merkmal „Migrationshintergrund“ in der Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktstatistik durchgehend zu erfassen?
- Falls ja, mit welchem Ergebnis?
- Falls nein, warum nicht?
13. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung angesichts der Ratifikation des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderung (BRK), um den Übergang von der Schule in den Beruf für junge Menschen mit Handicap zu erleichtern?
- Was planen die anderen Partner des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland dazu beizutragen?

Berlin, den 18. September 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

